

Wider das Rechthabenwollen eines marxistischen Pfaffentums

Kritische Anmerkungen Bremer Linker in der SPD

zur Stamokap-Position am Beispiel der Herforder Thesen

In der Bremer SPD hat eine Diskussion um die Stamokap-Theorie begonnen, die durchaus als Parallelentwicklung zu der angesehen werden kann, die sich in Gewerkschaften an der ebenfalls von der FR dokumentierten Auseinandersetzung um die Darstellung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Deppe, Fülberth und Harrer entzündet hat. In der Ausgabe vom 16. Februar veröffentlichten wir zur Erleichterung des Verständnisses eine Darstellung zur Entwicklung der Stamokap-Position in der SPD seit 1971. Heute dokumentieren wir ein Papier, das eine Gruppe linker Bremer Sozialdemokraten unter Leitung des Landesvorsitzenden Konrad Kunick erarbeitete. Zu der Arbeitsgruppe gehören weiter der ehemalige Landesvorsitzende und jetzige Finanzsenator Henning Scherf, der Senator für Wissenschaft und Kunst, Horst Werner Franke, sein Senatsdirektor (Staatssekretär) Reinhard Hoffmann, Ex-Uni-Rektor und Europakandidat Thomas von der Vring sowie Hans Dieter Müller, Adolf Brock und Edgar Einemann, die an der Universität die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften mitaufrechterhalten und vorantreiben. Eine von dem Bremer Politikwissenschaftler Detlev Aibers, einem Verfechter der Stamokap-Position, für März angekündigte Antwort werden wir dann ebenfalls dokumentieren. Red.

Die „Herforder Thesen“ reihen Ziele sozialdemokratischer Politik aneinander, die zum Teil nicht strittig sind und von vielen Organisationseinheiten der Partei konsequent verfolgt werden: u. a. Erweiterung der Mitbestimmung, Einführung der Wirtschaftsdemokratie, Verkürzung der Arbeitszeit, Ausweitung des öffentlichen Sektors, Abschaffung des Radikalenerlasses. Sie ziehen daraus aber die Konsequenz einer Besonderheit, die sie in ihrer analytischen Methode, der Einschätzung historischer Entwicklungen und Gruppen in der Partei und in der Perspektive des weiteren Handelns, insbesondere der Bündnisfragen, sehen. Diese sind zu untersuchen.

Zur Methode

1. Die Autoren der „Herforder Thesen“ nennen ihren Ansatz „marxistisch“. Der von ihnen beanspruchte Marxismus stellt sich jedoch nicht als fortentwickelte historisch-materialistische Methode dar, die treffender und genauer die Strukturen der real existierenden kapitalistischen und sozialistischen Industriegesellschaften aufdeckt als andere Methoden, sondern als dogmatisch geschlossenes System, das von einigen Grundannahmen aus — Überakkumulation des Kapitals, Steigerung der Ausbeutungsrate und ständige Verschlechterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung, Beherrschung des Staates durch die Monopole in der Bundesrepublik einerseits, Krisenfreiheit der Wirtschaft, große Aufbauleistungen und Emanzipation der unterprivilegierten Schichten in den sozialistischen Staaten andererseits — zu eher schematischen als empirisch nachweisbaren Ableitungen im einzelnen kommt.

Auf die Verhältnisse im real existierenden Sozialismus wird die Methode als kritische Methode nicht angewandt, oder ist sie auf Grund ihres Vorverständnisses nicht anwendbar. Das schränkt ihre erkenntnistätige und politische Ergiebigkeit beträchtlich ein.

2. Mit dem Versäumnis einer tatsächlich historisch-materialistischen Methode versäumen die Autoren auch den ebenso wichtigen Ausgangspunkt jeder marxistischen Analyse neben der Analyse der Kapitalbewegungen, den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die momentane Beschaffenheit der industriellen Arbeit selber. Sie ist für die Emanzipationschancen wie für die Entfremdung der Menschen mindestens ebenso folgenreich wie die Kapitalverhältnisse.

Das problematisiert insbesondere die Kernaussage der Autoren, die theoretisch einfache Forderung der Verstaatlichung der Produktionsmittel. Sie erwähnen nicht, daß die Verwirklichung die real existierenden sozialistischen Gesellschaften vor riesige Probleme der Bürokratisierung, der Produktivitätseinbuße und Fortdauer von unterprivilegierten Klassen und Schichten durch die Fortdauer der Arbeitsteilung gestellt hat. An die Stelle der Herrschaft der Eigentümer und ihrer Manager ist die Herrschaft der Partei- und Staatsapparate getreten, die das allgemeine Interesse als ihr besonderes verwalten.

Die Entfaltung von Begriffen wie „de-

mokratische Planung“ muß auf diese Gefahren weitaus sorgfältiger und empirisch abgesicherter eingehen als die Autoren es mit der Feststellung tun, über ein Planungssystem von „Bundesrahmenplan“ und „dezentralen Wirtschaftsplänen“ werde „die Mehrheit der Bevölkerung darüber entscheiden, nach welchen Kriterien was, wieviel und von wem produziert wird“.

Das Zusammenfallen von Staatsgewalt, ökonomischer Verfügungsmacht und ideologischen Ausschließlichkeitsanspruch in den Planungsbürokratien des real existierenden Sozialismus hat eine Umwälzung, die den Menschen tatsächlich befreit, ohne Zweifel schwierig und opfervoll gemacht, vielleicht man sie mit den realistischen Chancen, die rechtsstaatlich verfaßten, entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auf dem schrittweisen Weg des demokratischen Sozialismus zu verändern.

3. So wie die Autoren vom tatsächlichen Entwicklungsstand der Produktion in den entwickelten Industriegesellschaften, der fortgeschrittenen Spezialisierung, der ständig weiteren Differenzierung des „Gesamtarbeiters“ durch Verwissenschaftlichung und technologische Entwicklung abstrahieren, bleibt auch ihre Aussage über das Klassenbewußtsein der Arbeiter in der Bundesrepublik abstrakt.

Ein nur postuliertes, in dieser Form nicht vorhandenes Klassenbewußtsein kann aber auch nicht Grundlage für ein politisches Handeln der Massen und damit einer demokratisch herbeigeführten, umwälzenden Gesellschaftsveränderung sein. Die bloße Behauptung legt nahe, daß es lediglich den Führungsanspruch derer legitimieren soll, die es behaupten, zum Beispiel der „Marxisten in der SPD“.

Um die politische Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratischen Partei wiederherzustellen, bedarf es wirklichkeitsnaher Handlungsansätze, die nur in intensiver Beachtung gewerkschaftlicher Entwicklungen und Forderungen mit Aussicht auf Erfolg gefunden werden können.

Zur historischen Entwicklung

4. Die Autoren messen der historischen Einschätzung der „weit zurückreichenden Ursachen“, die zur Schwächung der Arbeiterbewegung in Deutschland geführt haben, selber große Bedeutung bei („Herforder Thesen“, S. 37). Erstaunlicherweise fehlt aber bei der Aufzählung der bestimmenden Momente ein sehr wichtiges Moment, die überragende Bedeutung des Einflusses der KPdSU auf die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland vom Anfang der Weimarer Republik bis heute.

So beziehen sich die Autoren u. a. auf die Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland als Ursache des Weges in den Faschismus. Diese Feststellung ist im wesentlichen richtig. Sie erwähnen jedoch nicht den zentralen Punkt der Spaltung: die Unvereinbarkeit des Prinzips der leninschen Kaderpartei mit dem Prinzip des demokratischen Weges zum Sozialismus. Die Spaltung wurde

dauerhaft mit der Gleichschaltung, der sogenannten „Bolschewisierung“ der KPD über den Apparat der Kommunistischen Internationale.

Diese Parteiform wurde in Rußland als Instrument der gewaltsamen Industrialisierung einer rückständigen Agrargesellschaft und der effektiven Ausbeutung der Arbeiter- und Bauernklasse zur Akkumulation des fehlenden Investitionskapitals entwickelt. Ihre Übernahme machte die Kommunistische Partei Deutschlands bündnisunfähig sowohl für ein geschlossenes Handeln der Arbeiterbewegung wie für eine Sammlung der demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik, die neben den Sozialdemokraten auch den fortschrittlichen Teil des Bürgertums und die religiösen Sozialisten hätte einschließen müssen.

In der Arbeiterbewegung selber haben Taktik und reale Politik die KPD nicht als Partei der Arbeiter ausgewiesen. Den fehlenden Einfluß auf die Arbeitermassen suchte sie durch „Aktionsbündnisse“ mit den Sozialdemokraten herzustellen. Ziel war, die demokratisch gewählten Führer der Sozialdemokraten von ihrer Basis zu trennen und die eigene Minderheitsposition in eine Herrschaftsposition zu verwandeln. Der kommunistische Aufstandsversuch in Mitteldeutschland 1923, die Schwächung der Gewerkschaften durch die Rote Gewerkschaftsopposition, die „Sozialfaschismus“-These gegen die Sozialdemokraten, schließlich das taktische Bündnis mit den Nationalsozialisten im Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932 waren Beispiele für Anlage, Scheitern und reaktionäre Folgen einer solchen Politik. In der außenpolitischen Wendung führte Stalins Pakt mit Hitler 1939 zu verheerenden Folgen für die Arbeiterklasse in den vom Krieg betroffenen Ländern. Eine um die historischen Ursachen der Schwächung der Arbeiterbewegung in Deutschland bemühte Aufarbeitung darf solche Tatsachen ebensowenig unerwähnt lassen wie die Versäumnisse und Fehler der SPD.

Kernstücke der Taktik der KPD gegenüber den Sozialdemokraten, „dem großen Feind, den man schlagen muß mit List und Angeboten, mit allen Methoden“ (ZK-Mitglied Ruth Fischer vor dem Zentrallausschuß der KPD 1925), waren die „Einheitsfront-Taktik“, die „Aktionsbündnisse von unten“, die „Übergangsforderungen“ und ihre scheinbar dialektische Verknüpfung mit dem „Endziel der proletarischen Revolution“, die „Verschärfung der Tagesforderungen zur Entlarvung der reformistischen Arbeiterführer“ (Dokumente u. a. in K. H. Tjaden „Struktur und Funktion der KPD-Opposition“).

Die Autoren der „Herforder Thesen“ verstehen sich als oppositionelle Gruppe innerhalb der Partei und wollen die Sozialdemokratische Partei als Massenpartei der Arbeitnehmer nicht zerstören. Sie sollten aber bedenken, daß die Verwendung ähnlicher strategischer Begriffe, wie zum Beispiel der Forderung, „die Reformisten in der Partei zu radikalisieren“, kein Vertrauen schafft. Sie blockiert insbesondere den Zugang zur Mehrheit der Arbeiter in der Bundesrepublik, die einen von intellektuellen marxistischen Kadern vorbestimmten Weg zum Sozialismus nicht beschreiten werden. Der Verzicht auf die Mehrheit bedeutet jedoch den Verzicht auf den demokratischen Weg zum Sozialismus.

5. Nicht erwähnt werden auch die wesentlichen Ursachen der „traumatischen Verhärtung antikommunistischer Einstellungen“ unter den deutschen Sozialdemokraten nach 1945. Die gewaltsame Unterwerfung der mehrheitlich sozialdemokratischen Arbeiterschaft Mitteldeutschlands unter das Organisationsprinzip der kommunistischen Kaderpartei, die drastische Rückentwicklung der Produktivkräfte durch Demontage und Reparationen, in der Folgewirkung ausbeutungsähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen der mitteldeutschen Wirtschaft von der Sowjetunion waren keine Einbildungen, sondern kollektiv erfahrene Realität. Sie trafen weniger die enteignete, bald in

den Westen ausweichende Eigentümer-Klasse als die unmittelbare Existenz der Arbeiter selber.

Nur langsam entfaltet sich in der DDR eine neue Produktivität, die von der Güterproduktion der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften und dem daraus folgenden Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung allerdings noch weit entfernt ist. Freiheitliche sozialistische Alternativen werden bis heute unterdrückt.

Diese kollektiven Erfahrungen sind durch die Theorie nicht zu beseitigen, sondern nur durch einen Wandel im real existierenden Sozialismus. Erstaunlicherweise erwähnen die Autoren in diesem Zusammenhang nicht die am weitesten entwickelte historische Chance, das Trauma aufzulösen, die sozialistische Alternative der tschechoslowakischen Kommunisten von 1968. Die Liquidierung dieser Alternative durch die Sowjetunion und ihre „Bruderstaaten“ hat die Entwicklung zum demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik zweifellos um Jahrzehnte zurückgeworfen, nachdem sie in den beginnenden Massenbewegungen der Studenten, fortschrittlichen Gewerkschafter, linken Sozialdemokraten, basisorientierten Jungsozialisten und sozialistischen Protestanten und Katholiken 1968 zum ersten Mal eine realistische Perspektive hatte.

Zu den Zielen sozialdemokratischer Politik heute

6. Heute kann eine auf Veränderung zielende sozialdemokratische Politik nicht mehr an eine erdachte, der Wirk-

lichkeit nicht entsprechende relative Verelendungstheorie anknüpfen. Sie muß von den tatsächlichen Verhältnissen ausgehen und als Ausgangslage akzeptieren:

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik brauchen trotz der von uns anzustrebenden grundlegenden Veränderungen hinsichtlich des Standes der demokratischen und sozialen Fortschritte und der Entwicklung der Wohlfahrt der unteren Schichten der Bevölkerung einen Vergleich mit den Industrienationen des Westens wie des Ostens nicht zu scheuen. Die Rechte der Menschen und ihre materielle Wohlfahrt sind, zumindest als Gesamtheit beurteilt, besser gesichert als im Einflusbereich der Sowjetunion. Die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sind sehr weitgehend gewährleistet, im einzelnen zum Teil weiter als in den anderen Industriestaaten des Westens mit Ausnahme Schwedens.

Der Kapitalismus in der Bundesrepublik hat sich wesentlich elastischer erwiesen, als dieses von seinen Kritikern vorausgesehen worden ist. Er stößt jetzt an die Grenzen des Wachstums, das Voraussetzung für seine bisherige Entwicklung war.

Trotzdem ist es unrealistisch, zu erwarten, daß ausgerechnet die im Vergleich zu anderen Gesellschaften des Westens und Ostens relativ stabile Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik in absehbarer Zeit „untergehen“ könne (Zitat: „Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die

Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet sind.“ Marx).

7. Eine sozialistische Politik kann nur dann die Mehrheit der Bevölkerung gewinnen, wenn sie auch in ihrer Praxis die Politik erfahrbar ist, die darauf abzielt, „die Verhältnisse umzuwenden, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verächtliches, ein verächtlich Machendes ist.“

Für die Politik von Sozialisten in der SPD bedeutet dieses:

- die Beseitigung von Eigentümerwillkür und -fehlplanung, von unzumutbaren Arbeitsplatzbedingungen, von Management- und Vorgesetztenfremdbestimmung im Bereich der privatkapitalistischen wie öffentlich bestimmten Produktion und Ersetzung derselben durch Abstimmung der Produktionsbedingungen mit den Betroffenen;

- die Beseitigung der Fremdbestimmungen des Menschen durch Staatsbürokratien. Weg von der auf ihr Eigenwohl bedachten Bürokratenherrschaft zu einem Dienst am Volk;

- die Aufbrechung des von den Ober- und Mittelschichten besetzten Demokratieapparates zugunsten der unterprivilegierten Schichten;

- die Beseitigung der Entfremdung, die durch die Gewährung von Privilegien und Pfründen entsteht und die die Gefahr enthält, daß sie die Vertreter von den Vertretenen scheidet und sie statt dessen mit denen solidarisiert, die sie kraft Auftrag kontrollieren sollen.

Zur Perspektive des weiteren Handelns, insbesondere zur Bündnisfrage

8. Der auf Selbstverwaltung zielende Weg des demokratischen Sozialismus kann nur demokratisch beschritten werden, das heißt, die Organisierung des Weges entscheidet bereits über die Organisationsform der Verwirklichung.

Daraus folgt, daß sich die Arbeit von Sozialisten in der SPD nicht auf das Verhältnis zwischen aufgeklärter Minderheit und unaufgeklärter Masse gründen kann, in dem wissende Marxisten die Nichtmarxisten in den Stand sozialer Umwälzung versetzen und sich dabei als wegweisende Kader empfehlen. Vielmehr müssen Sozialdemokraten den steinigsten Weg suchen, wie sich die abhängig arbeitende Bevölkerung selber in den Stand versetzen kann, über eine alle Verästelungen der gesellschaftlichen Probleme erfassende, selbstbestimmte politische Praxis eine Veränderung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.

Um die Partei für diese Prozesse offen und funktionsfähig zu machen, sind drei Voraussetzungen erforderlich:

1. eine vertiefte Einsicht in die tatsächliche Beschaffenheit der industriellen Arbeit und Arbeitsteilung (die historisch eine andere ist als die, von der Marx ausging). Neben die Ökonomie des Kapitals muß eine Ökonomie der Arbeit treten, in der auch die Probleme des real existierenden Sozialismus, der Bürokratisierung, der Verselbständigung von Partei- und Staatsapparaten, der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, einer neuen Klassenmacht der Intelligenz aufgearbeitet werden;

2. eine Unterstützung und Verstärkung aller Initiativen, die sich auf die

unmittelbaren Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen selber, auf die Veränderung von Inhalten beziehen. Neben die auf Gesetzesänderung und Verwaltungshandeln zielende Politik muß ein politisches Handeln treten, das bis zu lebendigen Menschen durchdringt und ihre Existenz ändert;

3. eine auf diese Praxis zielende Bildungs- und Übersetzungsarbeit, die an

den konkreten Lebens- und Arbeitserfahrungen ansetzt.

9. Für die Linke in der SPD stellt sich darum nicht das Problem, daß „Marxisten in der SPD“ die Mehrheit erobern, um im Bündnis mit anderen marxistischen Parteien eine Einheitsfront gegen den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ zu schaffen. Es geht vielmehr darum, daß die Sozialdemokratische Partei als einzige mehrheitsfähige Partei der Linken die aktive Unterstützung und Mehrheit in der arbeitenden Bevölkerung gewinnt und damit die demokratische Grundlage für eine sozialistische Veränderung der Verhältnisse schafft. Dazu sind Einbrüche in die verkrusteten Strukturen der elementaren Lebensbereiche erforderlich, im Bereich der Arbeit, der Bildung, der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Dabei ist nüchtern einzuschätzen, daß die Organisationsform einer Partei, bezogen auf die abgehobene Ebene der Machteroberung und Machtbehauptung, abhängig von bürokratischen Apparaten, von Funktionären und ihren Aufstiegsperspektiven, sehr weit von der Sphäre der Produktion entfernt ist und selten zu jener Produktivität durchstößt, die Inhalte verändert.

Eine Partei innerhalb der Partei, wie sie die „Herforder Thesen“ als Aufgabe der Jungsozialisten-Fraktion der „Marxisten in der SPD“ vorschlagen, muß von dieser Produktivität nochmals entfernen. In der Tat ist festzustellen, daß die Mobilisierungskraft der Jungsozialisten rapide zurückgegangen ist, seit der Theorie-Streit an die Stelle der früher inhaltlich orientierten Basisarbeit getreten ist. Ein großes Veränderungspotential in der jugendlichen Bevölkerung steht heute außerhalb der Jungsozialisten und damit der SPD. Es engagiert

sich in Bürgerinitiativen, Jugendsekten, Frauenhäusern, Schüler selbstorganisationen, Land- und anderen Kommunen.

10. Es muß Sozialisten alarmieren, wenn ihre Sprache nicht mehr die Bedürfnisse der Menschen trifft. Die Erscheinungsformen, unter denen die studentische Linke zerfallen ist, sollte dabei zu denken geben: je geringer der Aussagewert einer Theorie über die tatsächlichen Verhältnisse ist, um so mehr nehmen die Begriffe nur noch symbolischen Charakter an. Mit der Abnahme des Realitätsgehaltes nimmt die Beliebigkeit dogmatischer Behauptungen zu. An die Stelle einer sozialistischen Praxis, der solidarischen, strategiebezogenen Diskussion um den nächsten Schritt, tritt das Rechthabenwollen eines marxistischen Pfaffentums.

Es bleibt unstrittig, daß die von Engels und Marx entwickelte analytische Methode für die Analyse des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, von Überbau und Entfremdung in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft unentbehrlich bleibt. Sie kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie entsprechend den gewandelten historischen und materiellen Bedingungen schöpferisch weiterentwickelt wird, nicht aber, wenn Theorie lediglich zu Zwecken der innerparteilichen Taktik instrumentalisiert wird.

11. Das Bündnis mit anderen sozialistischen Parteien kann sich nur danach richten, ob es den demokratischen Weg zum Sozialismus stärkt oder schwächt. Kaderparteien, die Teilhabe- und Emanzipationschancen ihrer Mitglieder und die Entwicklung von Alternativen ausschließen, gefährden als Bündnispartner die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratischen Partei in der Mehrheit der Bevölkerung und entzie-

hen damit der Politik einer tiefgreifenden Veränderung der Verhältnisse die demokratische Grundlage. Als demokratische Sozialisten halten wir fest, daß bisher keine menschliche Anstrengung die gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklungen krisenfrei gestaltet, den Aufstieg und Niedergang von Kulturen und Gesellschaftsordnungen verhindert hat. Es gibt nach unseren gegenwärtigen Erkenntnissen keine idealen gesellschaftlichen Verhältnisse, die dauerhaft herstellbar wären, wenn man es nur wollte. Vielmehr ist das Ergebnis aller bisherigen geschichtlichen Erfahrungen, daß unter allen (auch sozialistischen) Bedingungen sich Krisen ereignen, neue Benachteiligungen auftreten, Produktionsschwierigkeiten und neue Ungerechtigkeiten nicht auszuschließen sind. Deshalb ist Sozialismus kein Endziel, das einmal erreicht, das positive Ende aller menschlich-gesellschaftlich-kulturellen Schwierigkeiten und Zwänge bedeutet. Wir halten fest, daß Sozialismus wegen der immer wieder neu auftretenden Probleme eine ständige Aufgabe ist.

Auch sozialistisches Denken und Handeln ist von der Gefahr des Irrtums bedroht, dies gilt um so mehr für Dogmatiker, die angeblich „marxistischen“ Lehrsätze unkritisch anwenden und jede Realität auf ihre Analyse hin zu Recht interpretieren.

Diese Erkenntnis in die Irrtumsfähigkeit allen menschlichen Denkens ist Voraussetzung für die Ablehnung jeder autoritären Methode, sozialistische Ziele durchzusetzen. Ohne diese Erkenntnis wären die Einhaltung der demokratischen Regeln, der Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden und letztlich auch die innerparteiliche Demokratie nur Hindernisse bei der Verwirkli-

chung eines konsequenten Sozialismus. Die geschichtlichen Erfahrungen mit KPdSU, KPD und SED weisen deren Wege als Gefährdung des in Europa erreichten Standes der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Emanzipation aus, die Marx und Engels als unverzichtbar galten und ebenso Ziele des demokratischen Sozialismus sind wie eine gerechtere Gestaltung der Produktionsverhältnisse. Da die DKP in der Bundesrepublik nur der sektiererhafte Ableger der SED ist, deren ganze Strategie darauf gerichtet ist, der SPD ihre Massenbasis abzugewinnen, weisen wir jeden Versuch zurück, unter Hinweis auf „marxistische“ Positionen eine „Bündnispolitik“ mit der DKP in die SPD hineinzu-tragen. Die DKP hat in der Bundesrepublik keine Basis, ein „Bündnis“ mit ihr wäre eine Verschlechterung der Möglichkeiten, auf demokratischem Wege die Menschen vom Sozialismus zu überzeugen.

12. Von zentraler Bedeutung für den demokratischen Weg zum Sozialismus ist dagegen das Bündnis mit den Gewerkschaften. Es muß gelingen, die neuen grundsatz- und konfliktorientierten Ansätze in den Gewerkschaften mit innerparteilichen Arbeitsperspektiven zu verbinden und diese Aufgabe nicht nur einer Arbeitsgemeinschaft zu übertragen, sondern breit in der Parteibasis zu verankern.

Sozialisten in der SPD können sich auch nicht borniert gegen Bürgerinitiativen verhalten. Sie müssen vielmehr die Herausforderung annehmen, die in dem ungelösten Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie liegt. Sie müssen darum auch die Zusammenarbeit suchen, wo immer sie in der Sache weiterführt.

1/3/4/5/2